

Einwohneranfrage
Über das Büro für Stadtverordnetenangelegenheiten
an den Oberbürgermeister der Stadt Cottbus
an die Stadtverordnetenversammlung

Herr Benno Bzdok stellt nachfolgende Anfragen an die bezeichneten:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen & Herren, Bürger von Cottbus & Gäste der Stadt Cottbus

Auf Grund widriger Krankheitsumstände, habe ich die Anfrage nicht mehr in die StVV von November 24 bekommen. Die Zeit vom Erhalt des Konzeptes und die notwendige Zeit, einer möglichst sachgerechten Erarbeitung dieses Antrags- & Begründungsdokumentes, waren einfach zu kurz.

Somit werde ich die Anfrage, in die in diesem Jahr letzte StVV einbringen.

In der Anlage finden Sie eine ausgiebige Begründung zum Antrag, mit den ableitenden Forderungen, im Umgang mit solchen tiefgreifenden öffentlichen Beleidigungen, Diffamierungen & Fake News. Die gesamten Cottbuser Bürger, sowie die hier lebenden ausländischen Gäste, der Stadt Cottbus, durch die Unterzeichner des Handlungskonzeptes, durch Vertreter der hauptamtlichen Verwaltung, auch der ehrenamtlichen Verwaltung, die durch Wahlen erstmals von Bürgern ein Mandat erhalten haben. Die notwendige Verantwortung im Umgang mit diesem Mandat, entspricht leider nicht dem Auftrag der Wähler & hat die Vertrauensbasis zerstört. Einzige Reaktion wäre ein sofortiger Rücktritt und die Niederlegung des missbrauchten Mandates.

Wie Sie der hinreichenden Begründung in der Anlage entnehmen können, sind Verfälschungen des bestehenden Grundgesetzes nur eine missbilligende Variante der Verfehlung. Auch vorsätzliche, gezielt gesetzte Fake News Verbreitung und vorsätzliche Veröffentlichung von Unwahrheiten, zu den echten deutschsprachigen Definitionen von Leitbegriffen und Passagen aus den bestehenden deutschen Gesetzen, begründen hier einen möglichen Missbrauch, des von den Bürgern erteilten Vertrauensvorschuss.

Als Unterzeichner (ersichtlich im Impressum der Konzeption) ist auch wenn der Erarbeiter ein anderer ist, haben die Cottbuser Bürger die Verantwortung an die Mandasträger gegeben. Somit ist es bestehende Verantwortung. Das macht es aber nicht besser, denn öffentliche Beleidigung & Beschimpfung sind alle Bürger betroffen, das immer im Konzept von „Wir“, die Rede ist. Man stülpt das einfach den Bürgern über.

Dazu sind tiefgreifende Fragen offen, die ich bitte mir und den Bürgern von Cottbus zu beantworten.

1. Wer qualifiziert diese Unterzeichner dazu, der Ausarbeitung eines angeblichen „demokratischen Aufbruchs e.V.“, solche im Wortschatz einer Staats-Sicherheit der ehemaligen DDR verfassten Schrift, die der freiheitlich demokratischen Grundordnung widerspricht, auf die Cottbuser Bürger zu übertragen & öffentlich anzuwenden?
2. Wie werden nun Möglichkeiten geschaffen, sich bei den diffamierten Bürgern zu entschuldigen und die gefälschten Sachverhalte korrekt zu korrigieren?
3. In welchem Zeitraum wird hier auf Grund einer öffentlichen Beleidigung, Diffamierung der gesamten Bürger von Cottbus, der Rücktritt & eine Entschuldigung bei den Bürgern erfolgen?

Für eine korrekte & konkrete Antwort wäre ich sehr dankbar, mit sehr vielen Bürgern der Stadt, wie die Gespräche & Darlegungen in den sozialen Netzwerken, seit Beginn des Monats November nachweisen.

Freundlichst



B. Bzdok

Anlage: Begründung des Antrags